

Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit
Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von
Bauleistungen - Teil II
VOB

Stand: 01.01.2017

1. Allgemeines

Vor Beginn der Bauarbeiten ist das Baufeld gemeinsam von Auftragnehmer/-in und Auftraggeberin, ggf. mit Beteiligung von Eigentümern oder Pächtern zu begehen. Der vorhandene Zustand ist festzustellen und ggf. durch Fotos zu dokumentieren.

Nach Beendigung der Bauarbeiten ist das Baufeld wieder zu begehen, evtl. aufgetretene Schäden sind festzustellen.

2. Notwendige Genehmigungen:

Für Überfahrten über vorh. Geh- und Radwege sowie für die Nutzung von Flächen außerhalb der Baustelle für Materiallagerung u.s.w. sind vor Baubeginn Genehmigungen bei den dafür zuständigen Stellen (Tiefbauamt und Ordnungsamt) einzuholen.

3. Reinigung von öffentlichen Verkehrsflächen:

Die öffentlichen Verkehrsflächen sind während der Bauzeit von Verunreinigungen freizuhalten. Bei Bedarf ist eine Kehrmaschine ohne besondere Vergütung vorzuhalten.

4. Arbeiten auf Schulhöfen

Bei Arbeiten, die während der Schulzeit durchgeführt werden, ist besondere Rücksicht auf den Schulbetrieb zu nehmen.

Der Bauzaun ist ständig (auch während der Arbeiten) verschlossen zu halten.

Zu Beginn und Ende des Unterrichtes sowie in den Pausen dürfen auf dem Schulgelände und den Zufahrtswegen keine Fahrzeugbewegungen erfolgen.

4. Angrenzende Flächen

An die Bearbeitungsflächen angrenzende Rasen-, Vegetations-, Wege- und Platzflächen u.s.w. sind zu schützen. Eventuelle Beschädigungen sind zu Lasten des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin zu beseitigen.

6. Baustoffe und Materialien

Als Beitrag zum aktiven Umweltschutz müssen bei städtischen Bauvorhaben soweit wie möglich umweltfreundliche Baustoffe und Materialien verwendet werden.

Die Verwendung von **tropischen Hölzern**, sowie der Einbau von Baustoffen, Bauteilen u.a. in denen tropische Hölzer verarbeitet sind, **ist generell unzulässig**, auch als Hilfsstoffe in kleinsten Mengen.

Die Verwendung von **FCKW- und H-FCKW-haltigen Baumaterialien ist generell unzulässig**.

Die Verwendung von **PVC-haltigen Baumaterialien** ist nur eingeschränkt, d.h. nur insoweit zu verwenden, soweit gleichwertige Ersatzstoffe nicht zur Verfügung stehen.

Der Einsatz von **chemischen Pflanzenschutzmitteln** ist unzulässig (Ausnahmen werden gesondert geregelt).

Der Einsatz von **Pestiziden und Herbiziden** ist **generell unzulässig**.

7. Wiederverwendung der auf der Baustelle gewonnenen Baustoffe

Der/die Auftragnehmer/-in hat auf der Baustelle, wenn möglich, wieder verwertbare Baustoffe nach Angaben der Auftraggeberin wieder einzubauen.

8. Entsorgung von Stoffen/Abfällen:

Die Satzung über die Abfallvermeidung und Abfallentsorgung in der Stadt Münster ist zu beachten.

<https://www.stadt-muenster.de/recht/ortsrecht/satzungen/detailansicht/satzungsnummer/70.02>

Mit, bei der Baumaßnahme anfallenden Stoffen ist, wenn in den Einzelpositionen nicht anders beschrieben, wie folgt zu verfahren:

8.1. Nicht gefährliche Abfälle zur Verwertung

- 8.1.1 Nicht schadstoffbelasteter Bodenaushub (Ober- und Unterboden) ist zu einer zugelassenen Verwendungsstelle nach Wahl des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin abzufahren. Der Verbringungsort/Abnehmer ist der Auftraggeberin mindestens 1 Woche vor Bodenabfuhr zu benennen. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.
- 8.1.2 Wiederaufbereitbare, nicht schadstoffbelastete Inertstoffe (Straßenaufbruch, Beton-, Mauerwerk u.s.w.) sind zu einer zugelassenen Recycling-Anlage nach Wahl des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin abzufahren. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.
- 8.1.3 Vegetationsabfälle sind einer geordneten Kompostierung in einer dafür zugelassenen Anlage zuzuführen. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.
- 8.1.4 Strauch- und Baumschnittgut ist zu einer zugelassenen Verwendungsstelle nach Wahl des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin abzufahren. Der Verbringungsort/Abnehmer ist der Auftraggeberin mindestens 1 Woche vor Abfuhr zu benennen. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.
- 8.1.5 Metall und Schrott sind einem zugelassenen Entsorgungsunternehmen nach Wahl des Auftragnehmers / der Auftragnehmerin zuzuführen. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.

8.2. Nicht gefährliche Abfälle zur Beseitigung

- 8.2.1 Abfälle zur Beseitigung sind unter Beachtung des Anschluss- und Benutzungszwangs der Zentraldeponie II in Münster-Coerde anzudienen. Die Kosten sind bei der Kalkulation des Einheitspreises zu berücksichtigen. Die Verbringung ist zu dokumentieren.
- 8.2.2 Auf der Zentraldeponie II in Münster-Coerde ausgeschlossene Abfälle zur Beseitigung sind einer anderen, dafür zugelassenen Abfallbeseitigungsanlage, zuzuführen. Der Verbringungsort/Abnehmer ist der Auftraggeberin mindestens 1 Woche vor Abfuhr zu benennen, wenn in der Beschreibung der Baumaßnahme keine Anlage vorgeschrieben wurde.

8.3 Gefährliche Abfälle

Gefährliche Abfälle dürfen nur in den dafür zugelassenen Anlagen verwertet oder beseitigt werden. Für die Entsorgung gefährlicher Abfälle ist im Vorfeld ein Sammel-/Entsorgungsnachweis zu führen. Die Begleitscheine/Übernahmescheine sind der Auftraggeberin spätestens 10 Tage nach Durchführung der Entsorgung vorzulegen.

Gefährliche Abfälle dürfen nur vom Inhaber einer gültigen Transportgenehmigung transportiert werden. Die Transportgenehmigung ist nicht übertragbar. Die abfallrechtlichen Registerpflichten sind zu beachten.

Die Deponiegebühren werden nach Vorlage der Anlieferungsnachweise von der Stadt Münster übernommen, soweit in der Einzelposition nicht anders beschrieben.

9. Beachtung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG):

Bei der Ausführung der Arbeiten sind besonders die Bestimmungen der § 39 (Allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen) und § 44 (Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten) des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) zu beachten.

10. Beachtung des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)

Bei der Ausführung der Arbeiten sind besonders die Bestimmungen der § 53 (Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen) und § 55 (Kennzeichnung der Fahrzeuge) Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zu beachten.

11. Abrechnung und Umrechnung von Schüttgütern:

Schüttgüter werden, wenn nicht in den Einzelpositionen anders beschrieben, nach den Vorgaben der nachfolgenden Tabelle ab- bzw. umgerechnet:

Schüttgut-Bezeichnung	Rauminhalt	Gewicht lose geschüttet	Gewicht verdichtet
Sand 0-2 mm	1 m ³	1,56 t	1,85 t
Sand 2-8 mm	1 m ³	1,70 t	1,85 t
Kies 8-16 mm	1 m ³	1,78 t	---
Kies 8-32 mm	1 m ³	1,78 t	----
Kalksteinschotter 0-22 mm	1 m ³	1,85 t	2,25 t
Kalksteinschotter 0/32 mm	1 m ³	1,80 t	2,15 t
Kalksteinschotter 0/45 mm	1 m ³	1,75 t	2,10 t
Kalksteinschotter 0/100 mm	1 m ³	1,65 t	2,00 t
Naturstein 0/200 mm	1 m ³	1,75 t	2,10 t
RC-Vorabsiebung 0/16 mm	1 m ³	1,80 t	2,15 t
RC-Schotter 0/45 mm	1 m ³	1,65 t	2,00 t
Felsgestein	1 m ³	1,70 t	2,04 t
Siebschutt	1 m ³	1,80 t	2,08 t
Bituminöse Tragschicht	1 m ³	----	2,36 t
Bituminöse Binderschicht	1 m ³	----	2,39 t
Bituminöse Deckschicht	1 m ³	----	2,36 t
Gussasphalt	1 m ³	----	2,45 t
Oberboden	1 m ³	1,40 t	1,80 t
			(natürliche Lagerungsdichte)